

Übertriebene Absicherung

VON STEFAN SALGER

Geraten Unternehmen in schwieriges Fahrwasser, suchen sie ihr Heil oft in einer Fusion oder schlucken Mitbewerber. Das kann gut gehen, mag die Erfahrung auch zeigen, dass kleinere Betriebe flexibler agieren können und die schiere Größe per se kein Ersatz ist für strukturelle Reformen. Gleichwohl können Zusammenschlüsse ein probates Mittel sein, um sich besser für den Wettbewerb zu rüsten. Dann wird der Verbund im Idealfall unterm Strich insgesamt schlanker. Doppelstrukturen verschwinden, neue Impulse kommen. Eine Fusion der drei Sparkassen Fürstfeldbruck, Dachau und Landsberg könnte Sinn machen, zumal die Brucker und Dachauer Sparkassenchefs garantieren, dass nicht das Personal in Form betriebsbedingter Kündigungen die Zeche zahlt. Die Kritik des Bürgerforums Landsberg, hier handle es sich um drei kerngesunde Institute, die ganz ohne Not zusammengehen wollen, muss nicht stichhaltig sein. Schließlich tun die Leute in den Chefetagen gut daran, vorzudenken und frühzeitig die Weichen zu stellen, lange bevor die Institute in ernste Schwierigkeiten kommen.

Ärgerlich ist bei der ganzen Sache aber der Automatismus, der durch eine solche Fusion in Gang gesetzt wird. Der bayerische Sparkassenverband hat diese Regelungen in Zeiten geschaffen, als Banken und Sparkassen aus dem Vollen schöpfen konnten. Ergebnis: Kommt es zum Dreierbund, dann rutschen alle aktuellen Vorstände in einen neuen, reichlich überdimensionierten Vorstand. Es dauert Jahre, bis der sich durch Erreichen der Pensionsgrenze gesund schrumpft. Die Vorstandsbezüge sind zwar nicht so üppig bemessen wie bei vielen Geschäftsbanken, dafür gelten die Posten in den Chefetagen der Sparkassen aber auch als beamtenähnlich sicher. Nicht nachvollziehbar ist, dass die Bezüge im Fusionsfall automatisch deutlich steigen. Noch weniger nachvollziehbar ist, dass auch die ohnehin üppig bemessenen Pensionen automatisch steigen. Schuld an der Fehlsteuerung ist der Sparkassenverband. Höchste Zeit, dass dieser die Regelungen ändert, die den Bürgern – als Eigentümer der Sparkassen – kaum zu vermitteln sein dürften.

Quelle

Verlag	Süddeutsche Zeitung
Datum	Mittwoch, den 30. November 2016
Seite	7